

## Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen

**Legende:** Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der Bundesrepublik, unternimmt eine Tournee durch die Hauptstädte Europas um die europäischen Partner von der Notwendigkeit der deutschen Wiedervereinigung zu überzeugen und um ihre Ängste vor einem vereinten Deutschland zu beseitigen.

**Quelle:** GENSCHER, Hans-Dietrich. Erinnerungen. Berlin: Siedler, 1995. 1086 S. ISBN 3-88680-453-4.

**Urheberrecht:** (c) Hans-Dietrich Genscher

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/hans\\_dietrich\\_genscher\\_erinnerungen-de-8f376944-926b-450c-9830-b5aec54c8be2.html](http://www.cvce.eu/obj/hans_dietrich_genscher_erinnerungen-de-8f376944-926b-450c-9830-b5aec54c8be2.html)

**Publication date:** 24/10/2012

## Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*

[...]

Am 29. November flog ich nach London. Zuerst traf ich mit Premierministerin Thatcher zusammen, ein Gespräch, an dem auch Außenminister Hurd teilnahm; später setzten wir unsere Unterredung allein fort. Frau Thatcher ging auf die Entwicklung der westlichen Ostpolitik ein, die zunächst unter dem Stichwort *containment* nur defensiv gewesen sei. Mit der KSZE sei der Westen mutiger, offensiver geworden, bemerkte sie, vor allem durch die Forderung nach Freiheit und Demokratie. Gleichwohl habe erst Präsident Reagan den Osten im eigentlichen Sinne des Wortes herausgefordert und eine starke Verteidigungsstrategie durchgesetzt; unter seiner Führung sei es schließlich gelungen, den sowjetischen SS-20-Raketen den NATO-Doppelbeschluss und später die Stationierung der Pershing entgegenzusetzen. Über die positive Einschätzung der KSZE freute ich mich. Hinsichtlich des NATO-Doppelbeschlusses hingegen gab ich höflich zu verstehen, die Regierung Schmidt/Genscher habe den entscheidenden Impuls zum Konzept dieses Beschlusses und die Regierung Kohl/Genscher den zu seiner Durchsetzung gegeben.

Dann beschrieb ich den unterschiedlichen Charakter der Reformentwicklungen in den Staaten des Warschauer Pakts. In der DDR und der CSSR komme die Reformbewegung von unten, in der Sowjetunion von oben; in Ungarn habe die politische Führung den Wandel eingeleitet und dabei auch sich selbst gewandelt.

Frau Thatcher erinnerte an das EG-Gipfeltreffen im 18. November 1989 in Paris. Sie habe geglaubt, daß man dort Einigung erzielt und jetzt ein Konzept habe. Nun stelle sie fest, daß alles in Bewegung geraten sei. Sie bezog sich dabei offensichtlich auf den Zehn-Punkte-Plan, den ich daraufhin in der Sache erläuterte, ohne auf die Umstände seines Zustandekommens und meine Vorbehalte einzugehen. Dann beschrieb ich die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung, was eine konsequente Fortsetzung unserer Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik verlange. Besonders unterstrich ich unsere feste Position in NATO und Europäischer Gemeinschaft. Als Außenminister Hurd an dieser Stelle einwarf, der Bundeskanzler habe keinen Zeitplan für die Wiedervereinigung genannt, erläuterte ich die Einbettung unserer Politik in die europäische, sagte zugleich aber auch, daß die Zusammenführung Europas sich nicht um Deutschland herum vollziehen dürfe.

Ich hatte den Eindruck, daß Frau Thatcher Vorbehalte gegen die deutsche Vereinigung hegte. Auch ihre wiederholten Warnungen vor Veränderungen des Status quo legten nahe, daß sie sich mit den Entwicklungen nur zögernd abfinden konnte. Immerhin, ich verließ London in der Überzeugung: Wenn Washington und Paris mitziehen, wird man sich hier arrangieren. Auf Douglas Hurd konnte ich in jedem Fall rechnen. Durch Klarheit in unserer Haltung zur NATO, zur Europäischen Gemeinschaft und zur Oder-Neiße-Grenze würden wir die Entwicklung erleichtern können.

Das Gespräch mit Margaret Thatcher nutzte ich auch, um mich für die politische wie wirtschaftliche Unterstützung der Politik Gorbatschows einzusetzen. Im West-Ost-Kontext konnten sonst für die deutsche Vereinigung durchaus Störungen entstehen, weshalb das Grundverhältnis West-Ost ein entscheidender Rahmenfaktor sein würde. Dies war Ende 1989 genauso wichtig wie zum Jahresbeginn, als wir über die SNF-Modernisierung stritten. Und 1990 würde es noch wichtiger sein.

Positiv zur deutschen Vereinigung äußerte sich Neil Kinnock, der britische Oppositionsführer, am Morgen des 30. November 1989 bei einem gemeinsamen Frühstück. Auch ihm erklärte ich, daß wir die deutsche Einheit in die europäische Entwicklung eingebettet sehen wollten.

Von London flog ich nach Paris. Dort traf ich Roland Dumas, dann den früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und Senatspräsident Poher. Dumas zeigte sich betroffen darüber, daß bei dem EG-Gipfeltreffen in Paris kein Wort über das gefallen sei, was jetzt in den zehn Punkten stehe. Zudem kämen aus Bonn immer neue Vorbehalte gegen die Wirtschafts- und Währungsunion. Auch über die Art der Unterrichtung der Westalliierten über den Zehn-Punkte-Plan durch Teltchik sei man verstimmt.

An diesem Tage wurde ich eingeladen, an einer Sitzung des Senats teilzunehmen. Präsident Poher begrüßte mich vor dem Eintritt in die Tagesordnung mit freundlichen Worten, die Senatoren spendeten mir großen Applaus und erhoben sich von ihren Plätzen - für die deutsche Außenpolitik und den deutschen Außenminister eine besondere Auszeichnung. Meine Botschaft war in allen Gesprächen die gleiche: Europa, so betonte ich auch hier, kann sich nicht um Deutschland herum vereinigen. Wir wollen die Vereinigung in europäischer Einbettung; die Mitgliedschaft in NATO und Europäischer Gemeinschaft stehe nicht zur Disposition. Besonders gelte es, die Wirtschafts- und Währungsunion zu forcieren. Die innere Dynamik in der Europäischen Gemeinschaft dürfe nicht zurückbleiben hinter der Dynamik, die die Neugestaltung des West-Ost-Verhältnisses bestimme.

Am späten Nachmittag wurde ich von Präsident Mitterrand empfangen. Er bat mich, als erster das Wort zu ergreifen, und so erklärte ich, daß wir in einer bewegenden Zeit leben und die Ereignisse in der DDR unsere Nation geradezu aufwühlten. Für mich treffe dies aufgrund meiner Herkunft und Verantwortung in besonderer Weise zu, ich wolle meinen Stolz darüber nicht verhehlen, daß meine Landsleute in der DDR sich friedlich für Freiheit und Demokratie erhoben hätten. Absurd sei es, die Wirkungen auf die beiden deutschen Staaten ausschließen zu wollen, die von dem Annäherungsprozeß von West und Ost in Europa ausgingen. Jetzt gelte es, unsere gemeinsame Position zu bestimmen, und zu diesem Zweck müsse der Gipfel von Straßburg genutzt werden. Damit näherte ich mich der Frage der Rahmenbedingungen, die zu klären war, wenn wir die deutsche Einheit erreichen wollten. Von Straßburg solle ein doppeltes Signal ausgehen: der feste Wille zur weiteren Integration in der EG einerseits, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Osten andererseits. Wir träten in Europa jetzt gleichsam in einen Wettbewerb zweier dynamischer Prozesse ein. Diese seien die Westintegration in der Europäischen Gemeinschaft und die Reformentwicklung im Osten sowie, daraus folgend, die West-Ost-Annäherung. Die Einigung in der Europäischen Gemeinschaft sei mithin keineswegs nur wirtschaftlich oder monetär bedeutsam, sondern auch politisch. Notwendig für künftige Stabilität sei indessen auch unser klares Bekenntnis zur Allianz und zur amerikanischen Präsenz in Europa. Die Allianz werde in Zukunft politischer sein, und sie müsse sich stärker im Abrüstungsprozeß engagieren. Eine weitere Bedingung der europäischen Stabilität sei zudem eine unzweideutige Haltung der Bundesrepublik zur polnischen Westgrenze. Diese hätte ich im September vor den Vereinten Nationen vertreten, und der Deutsche Bundestag habe sie am 8. November 1989 mit überwältigender Mehrheit bestätigt.

Von der NATO-Zusammenkunft in Brüssel am 4. Dezember - wo Präsident Bush über den Gipfel mit Gorbatschow in Malta berichten wollte - und vom Europäischen Rat in Straßburg müsse das Signal ausgehen, daß wir zum Erfolg der Reformbewegungen im Osten beitragen und keinen einseitigen Vorteil aus den dortigen Schwierigkeiten ziehen wollten, sondern an langfristig dauerhaften Rahmenbedingungen in Europa interessiert seien.

Mitterrand erwiderte, die Ereignisse hätten sich mit großer Wucht entwickelt. Er stimme mir zu: Wenn wir in den West-Ost-Beziehungen ohne Risiko voranschreiten wollten, dann bedürfe es paralleler Fortschritte bei der europäischen Integration. Wenn die Westintegration auf der Stelle trete, bleibe sie zurück; dann aber würden sich die europäischen Dinge grundlegend ändern, und neue privilegierte Bündnisse würden entstehen. Ja, es sei nicht ausgeschlossen, daß man in die Vorstellungswelt von 1913 zurückfalle. Falls sich die deutsche Vereinigung in einem Europa vollziehen sollte, das letztlich nicht entscheidend weitergekommen sei, dann würden die europäischen Partner, die sich in Zukunft achtzig Millionen Deutschen gegenübersehen, wohl nach einem Gegengewicht suchen. Ich entgegnete darauf, diese Gegengewichte werde man nicht brauchen, wenn die europäische Integration, wie wir es wünschten, vorangehe.

Mitterrand pflichtete mir bei. Und indem er fortfuhr, daß man die beim Europäischen Rat in Straßburg zu klärenden Probleme unter diesem Aspekt sehen müsse, schilderte er auch seinen Eindruck, daß die Bundesrepublik, die bisher immer Motor des europäischen Einigungsprozesses gewesen sei, es damit heute nicht mehr eilig habe; sie sei zur Bremse geworden. Daraus würden andere Nutzen ziehen, die im Grunde weder eine Fortentwicklung der europäischen Einigung noch die deutsche Wiedervereinigung unterstützten, womit er offensichtlich London meinte.

Mitterrand betonte, für ihn sei die Wiedervereinigung eine unaufhaltsame »Sache«. Vorsicht gebiete, im Verlauf dieser Entwicklung nicht mit der Sowjetunion aneinanderzugeraten. Die deutsche Vereinigung sei freilich eine historische Notwendigkeit: »Wir sind dabei an Ihrer Seite, aber wie ist es mit der Haltung eines vereinigten Deutschland zur europäischen Einigung?« Deutschland und Frankreich müßten in jeder Phase dieser Entwicklung gemeinsam vorangehen. Die Bundesrepublik dürfe sich keine Blöße geben. Natürlich erkläre sich vieles aus der Situation der deutschen Innenpolitik, und doch sei dies sekundär verglichen mit den historischen Entscheidungen, die in Straßburg anstünden.

Mit Präsident Mitterrand habe ich im Lauf der Jahre verschiedene Gespräche geführt. Dieses jedoch war das wichtigste: Auch in dieser Stunde erwies sich Mitterrand als Staatsmann von europäischem Rang und als verlässlicher Freund der Deutschen, bemüht, nicht Hindernisse für die deutsche Vereinigung aufzubauen, sondern vielmehr Rahmenbedingungen zu sichern, die die deutsche Vereinigung auch zu einem Gewinn für Europa werden lassen würden. Dies entsprach meinen Überlegungen und meiner Strategie, und ich antwortete daher: »Wir haben unsere Wahl getroffen« - ein Satz, den ich guten Gewissens sagen konnte. Meine Auffassung war es ohnehin, aber auch in der Bundesregierung herrschte Übereinstimmung über unser europäisches Engagement; das galt ganz besonders für Helmut Kohl. Trotzdem zögerten die Unionsparteien, einen Termin für die Eröffnung der Regierungskonferenz zu nennen, da er sich möglicherweise mit dem der Bundestagswahl Ende 1990 überschneide.

Ich konnte mit diesen Bedenken nichts anfangen. Unter den gegebenen Umständen waren sie, fand ich, sogar problematisch. Keineswegs durfte es dazu kommen, daß dies Mißtrauen in Paris schuf und so auch Auswirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis und Frankreichs Haltung zur deutschen Einheit hätte.

Mitterrand meinte, wenn die Deutschen mithilfe Europa aufzubauen, werde auch in der deutschen Frage alles möglich sein. Selbst die Sowjetunion werde sich mit der deutschen Wiedervereinigung innerhalb der EG eines Tages abfinden, während sie gegen eine isolierte Wiedervereinigung zweifellos ankämpfen werde. »Deutschland, um die DDR vergrößert und sich im europäischen Gesamtverband bewegend, wird in der Europäischen Gemeinschaft Freunde haben, sonst nur Partner mit eigenen Reflexen.« Die Deutschen stünden somit in der Tat vor einer weitreichenden Entscheidung.

Mit großer Bestimmtheit erwiderte ich: »In Straßburg wird die Entscheidung für die Regierungskonferenz und ihren Beginn getroffen werden können. Unsere Zukunft liegt in der Europäischen Gemeinschaft. Sie liegt nicht zwischen Ost und West, sonst wären vierzig Jahre Politik umsonst gewesen.« Wir wüßten sehr genau, daß auch Gorbatschow uns lieber in der EG sähe als allein. Die europäische Politik der Bundesregierung werde überdies von der SPD-Opposition unterstützt. Der Kalender für die deutsche Vereinigung werde von der DDR und der Sowjetunion mitbestimmt, sie sei aber näher, als viele meinten. Den Kalender für die europäische Einigung hingegen könnten die Mitgliedstaaten selber bestimmen, weshalb es in Straßburg zu einer Entscheidung kommen werde, und zwar zur richtigen. Die Argumente dafür seien durch die Entwicklung im Osten nur noch überzeugender geworden.

Für seine Haltung zur deutschen Vereinigung wolle ich dem Präsidenten Frankreichs danken; für uns sei sie von historischer Bedeutung. Und unsere Antwort auf die europäische Einheit sei es auch.

Ich verließ den Elysée-Palast und Paris mit optimistischen Gefühlen. Wir konnten, so hatte sich gezeigt, nicht nur auf das Verständnis Frankreichs rechnen, sondern auch auf seine Unterstützung. Das war von besonderer Bedeutung. Auch hier galt meine alte Faustregel: Ohne Frankreich geht nichts, mit Frankreich fast alles.

[...]